

Rede zum 1. Mai Nr. 2

Zukünftige Aufgaben der Gewerkschaften

Liebe xyz...

Wir leben in bewegten Zeiten.

So ist immer wieder zu hören, dass Rente in Anbetracht wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen kaum noch zu finanzieren sei.

Befristungen, Arbeit auf Abruf und Leiharbeit grassieren. Arbeitnehmer_innen in solch unsicheren Verhältnissen sollen trotzdem mindestens so viel leisten wie Festangestellte.

Die Lohnungleichheit steigt und gemessen an Deutschlands Wirtschaftskraft bleiben die Löhne viel zu gering.

Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten. In Ballungsräumen ist Wohnraum für viele kaum bezahlbar. Besonders betroffen sind prekär Beschäftigte, Auszubildende und Studierende.

Wir stehen also offenkundig vor großen Herausforderungen. Trotzdem gibt es keinen Grund zur Verzweiflung. Gewerkschaften waren schon bei viel größeren Problemen in der ersten Reihe beteiligt Lösungen zu entwickeln und zu erstreiten.

So wurde 1956 bei Tarifaueinandersetzungen in Schleswig-Holstein 114 Tage gestreikt. Ziel war die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle Arbeitnehmer_innen gleich zu regeln. Die Streikenden waren erfolgreich. Heute ist das gesetzlich verankert.

Dinge wie Elterngeld und Mutterschutz wurden auch durch den konsequenten Einsatz von Gewerkschaften möglich.

Die 40-Stunden-Woche und 4 Wochen Mindesturlaub wurden mühsam erkämpft. Im Lichte neuerer Erfolge erscheinen sie trotzdem schon fast überholt.

Nach langwierigen Verhandlungen, die wir als Gewerkschaften stets kritisch begleitet haben gilt seit 2015 endlich auch in Deutschland ein Mindestlohn.

Viele dieser Entwicklungen in der Politik wurden in Tarifverträgen vorweggenommen.

Und weiterhin setzen diese Maßstäbe an denen sich die Politik ein Vorbild nehmen könnte.

Dieses Jahr gelang der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft ein historischer Abschluss. Seit April erhalten Auszubildende und Dual Studierende einen Mietzuschuss. Ein wichtiger Schritt damit junge Menschen die Möglichkeit haben an ihren Ausbildungsort zu ziehen, aber auch um ihnen eine freiere Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Für alle Arbeitnehmer_innen gibt es zudem die Wahlmöglichkeit zwischen mehr Urlaub, mehr Lohn oder weniger Wochenstunden. Diese Möglichkeit ist erlaubt es Arbeitnehmer_innen ihre Arbeit an ihre Lebensumstände anzupassen.

Noch verhandelt wird dagegen in Hamburgs Krankenhäusern. Eine zentrale Forderung ist dabei Mindestbesetzungen von Stationen festzuschreiben. In Anbetracht der Überlastung vieler Pflegekräfte eine absolute Notwendigkeit. Aber es kommt natürlich auch Patienten zu gute wenn das Pflegepersonal mehr Zeit für sie aufbringen kann.

In der Charité Berlin wurde im letzten Jahr eine solche Regelung getroffen.

Solche Erfolge zeigen, dass an aktuellen Herausforderungen gearbeitet wird und Lösungen gefunden werden. Dennoch bleibt viel zu tun.

Es bleibt weiter notwendig sich für höhere Löhne einzusetzen. Lohnungleichheiten müssen benannt und konsequent angegangen werden. Es kann nicht sein, dass einzelne Branchen oder Gegenden komplett abgehängt werden.

Bei deutlich steigenden Löhnen lässt sich auch ganz anders über die Finanzierbarkeit eines Rentensystems sprechen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Digitalisierung/Industrie 4.0 nicht als Risiko, sondern als Chance begreifen. Indem sie viele Tätigkeiten erleichtert schafft sie die Möglichkeit auf einer neuen Basis über Arbeitszeiten zu diskutieren. Am Ende kann so vielleicht auch endlich die vielbeschworene Vereinbarkeit von Arbeit und Leben vorangebracht werden.

Die Ansätze im Bereich der Bildung sind letztlich Selbstverständlichkeiten. Denn natürlich sollten die Regelungen des Berufsbildungsgesetzes auch für dual Studierende in ihren Praxisphasen gelten. Natürlich sollten Auszubildende mit ihrem Ausbildungsvertrag auch ihren Ausbildungsplan überreicht bekommen. Und natürlich sollten Lehr- und Lernmittel für Auszubildende kostenlos sein.

Auch wenn wir mit einem gesunden Selbstbewusstsein an diese Herausforderungen herangehen sollten können wir das nicht alleine schaffen.

Als Gewerkschaften müssen wir auch Forderungen an die Politik stellen. Da dieses Jahr Bundestagswahlen anstehen werden wir mit ihnen den Wahlkampf der Parteien gestalten können. Nach der Wahl gilt es dann diese Versprechen auch einzufordern.

Notwendig für eine soziale Politik sind jedoch auch entsprechende globalen Rahmenbedingungen. Denn eine Konkurrenz von Staaten um die besten Standortfaktoren schadet am Ende allen Beteiligten.

An dieser Stelle braucht es Bündnisse wie die Europäische Union. Als Institution wirtschaftlicher, sozialer und politischer Zusammenarbeit ist sie nicht mehr wegzudenken.

Bei aller berechtigten Kritik bietet sie eben doch auch Wege die Arbeits-, Sozial-, und Lebensstandards in den Mitgliedsstaaten anzugleichen. Denn sie ist ein Garant langfristiger und verbindlicher Kooperation auf Basis gemeinsamer Ideale. Und nur so ist internationale Zusammenarbeit überhaupt denkbar.

Was wir dagegen nicht brauchen ist ein bloßer Zweckverbund wirtschaftlich starker Staaten wie die G20.

So ist es eine sehr zweifelhafte Ehre die Hamburg am 7. und 8. Juli diesen Jahres zukommt.

Der Gipfel ist nicht nur ein Treffen von Unsympathen wie Erdogan, Trump und dem saudischen Prinz. Sondern zeigt auch wie Klientelismus auf staatlicher Ebene aussieht.

Und so freue ich mich, dass sich diverse Gruppen und Bündnisse angekündigt haben um ihre eigenen Vorstellungen auf die Straßen zu tragen und so einen Gegenpol zu setzen. Ganz besonders freue ich mich, dass sich eine ganze Reihe von Gewerkschaftsjungen der Jugend gegen G20 angeschlossen haben um so Teil dieses Prozesses zu sein.

Gemeinsam mit anderen soll eine fundierte Kritik formuliert werden an dem was ist. Daraus werden Forderungen entwickelt für welche dann gemeinsam eingetreten wird. Und nichts anderes ist am Ende die Arbeit von Gewerkschaften.

Vielen Dank, genießt die Sonne dies das...